

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Waupenstr. 1/2
durch die Post und
durch Colportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2,50,
pro Woche 20 Pf.
Vergeltungsliste Nr. 7248.

Volkswacht

Insertionsgebühr
beträgt für die einseitige
Beitragel über deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Berufsanstalts-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Samstag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die werkhätige Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 181.

Mittwoch, den 5. August 1896.

7. Jahrgang.

Die Berufszählung in Preußen

deren Gesamtergebnis nunmehr der Öffentlichkeit übergeben ist, hat, wie die „Leipziger Volkszeitung“ in folgendem ausführt, sehr interessante Resultate ergeben in der Richtung auf die fortschreitende Entwicklung des Capitalismus und Industrialismus.

Noch im Jahre 1882 war die Bevölkerung fast zu gleichen Theilen zwischen Industrie und Handel und Landwirtschaft getheilt; 49,55 Procent der Bevölkerung waren in letzterer, 50,45 Procent in ersterer beschäftigt. Seitdem ist die Bedeutung der Landwirtschaft rapid zurückgegangen; 1895 sind nur noch 41,89 Personen in ihr beschäftigt gegen 58,11 in der Industrie. Die Abnahme ist nicht abnorm, sondern nur relativ, wie Zahlenvergleichung ergibt sich. Man kann sagen, daß der größte Theil der Bevölkerungszunahme der Industrie zu Gute gekommen ist. Die durchaus ungesunde Lage unserer politischen Verhältnisse, daß das landwirtschaftliche Interesse im Wesentlichen die Politik nicht nur Preußens, sondern auch des Reiches mit seinem schärferen Ausfrieren, als dadurch, daß die in den beiden großen Erwerbsgruppen beschäftigte Bevölkerung sich fast wie 2 : 3 verhält.

Eine gleichfalls sehr merkwürdige Entwicklung gegen 1882 haben die Zahlen für Erwerbsthätige im Hauptberuf genommen. In Procentzahlen sind die männlichen von 59,54 auf 59,63, die weiblichen von 15,42 auf 17,43 gestiegen.

Das freilich nur geringe Steigen der Zahl für die männlichen Erwerbsthätigen führt die zu den Zahlen gegebene Erläuterung der „Statist. Corresp.“ auf den Einfluß der socialpolitischen Gesetzgebung zurück. Wenn man daneben das starke Steigen der Zahlen für das weibliche Geschlecht hält, so findet man vielleicht noch einen anderen Grund: die Noth und die drückenden Verhältnisse der Familien, die es immer weniger möglich machen, die ganze Familie von der Arbeit des Vaters leben zu lassen und die übrigen Mitglieder gleichfalls zu productiver Thätigkeit zwingen. Die Steigerung der weiblichen Berufsthätigen um 2 Procent der gesammten Bevölkerung oder um 13 Procent der 1882 productivthätigen Frauen redet doch eine Sprache, wie sie deutlicher nicht gedacht werden kann. Hier haben wir die Wirkung des weit um sich greifenden Industrialismus auf die Bevölkerung. Es ist von unserer Seite genügend darauf hingewiesen, welche Bedeutung diese Entwicklung für die Umwandlung der Familie und in der Folge für das ganze Volksleben hat. In dem neuen bürgerlichen Gesetzbuch ist sie absolut nicht berücksichtigt. Die Dogmen der Strauß-Politik wird von den herrschenden Klassen Deutschlands eben überall befolgt; nicht genug, daß ein so notwendiges Mittel, Lage und Bedürfnisse der Bevölkerung kennen zu lernen, wie die Berufszählung ist, lange Jahre hindurch nicht gebraucht wird — wenn einmal eine Zählung stattfindet, so wird das Ergebnis als Material für wissenschaftliche Abhandlungen betrachtet, aber praktische Schlüsse aus ihm werden nicht gezogen. Die politische Unfähigkeit kann sich nicht schärfer charakterisiren als durch die Thatsachen, wenn man z. B. vergleicht, wie sorgfältig die reich-

haltige Statistik der Vereinigten Staaten für die dortige Gesetzgebung verwendet wird.

Entsprechend der Steigerung der Erwerbsthätigen haben sich die Zahlen für die Familienangehörigen ohne Beruf vermindert; für die männlichen Personen sanken sie von 37,60 auf 36,86, für die weiblichen von 75,89 auf 73,59. Mag dem Capitalismus auch durch die Arbeiterchutzgesetzgebung die Quelle der grauenvollsten Ausbeutung ganz junger Kinder verstopft sein, er findet doch Ersatz in immer weiterer Ausbreitung auf die früher ihm noch nicht unterliegenden Theile der Familie.

Sehr merkwürdige und bezeichnende Zahlen sind die der Dienenden für häusliche Dienste. Die männlichen Dienstboten haben sich von 0,23 auf 0,11, also um mehr als die Hälfte vermindert, die weiblichen von 6,16 auf 5,11.

Hier haben wir ein Symptom für das zunehmende Verschwinden des Mittelstandes, wie wir es nicht klarer wünschen können. Nur die höheren und mittleren Stände verwenden Dienstboten. Bei Zunahme der großen Vermögen werden natürlich nicht proportional mehr Dienstboten verwendet; aber wenn die Erwerbsverhältnisse des Mittelstandes zurückgehen, so wird vermuthlich unter den ersten Einschränkungen mit die Abschaffung von Dienstboten erscheinen. Da solche männlichen Geschlechts weit mehr bloßen Luxusbedürfnissen dienen, wie solche weiblichen, so erscheint bei diesen die Abnahme weit größer. Viel besser wie in Concimens- und Vermögensstatistiken können wir hier die Concentration der Capitalien in wenigen Händen und das Verschwinden des Kleinbürgerthums beobachten, weil die entstehenden Differenzen hier in vielfach vergrößertem Maßstab erscheinen; eine Abnahme, die bei Beziehung auf die Gesammtsumme der Ausgaben klein erscheint, erscheint ungeheuer vergrößert in Beziehung auf die Luxusausgaben, da diese ja zuerst eingeschränkt werden.

Ein sehr schönes Bild dieser Verhältnisse giebt eine Tabelle, die die Zahlen für die vier Kategorien nach der Größe der Ortschaften gesondert ergibt. Es sind fünf solcher Größen angenommen, von denen 1 bis 4 die Abtheilungen von der Großstadt zur Kleinstadt enthalten und die fünfte die ganz kleinen Städte und die Dörfer umfaßt (Ortschaften mit unter 2000 Einwohnern). Deutlich ist zu beobachten, daß der Kampf um die Existenz von der Kleinstadt an aufwärts bis zur Großstadt immer schwerer wird; während in der Kleinstadt 36,25 Einwohner im productiven Leben stehen und 56,88 unproductive Familienmitglieder vorhanden sind, steigt die erstere Zahl in den Großstädten auf 40,51, fällt die zweite auf 50,95. Auf dem Lande steigt die Zahl der Erwerbsthätigen wieder auf 38,45.

Zum Theil mag diese veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung in Großstadt und Kleinstadt dadurch erklärt werden, daß der Zuzug in die Großstädte wesentlich aus jungen Leuten ohne Familie besteht. Aber auch das Ueberwiegen der Unverheiratheten in der Großstadt gegen die Kleinstadt beweist ja doch wieder, daß, je mehr der Capitalismus die Physiognomie der Gesellschaft bestimmt, desto schwerer das Leben ist; der Kampf um die Existenz ist dem Unverheiratheten aber leichter wie dem Verheiratheten, deshalb bleibt der Letztere dort, wo dieser Kampf nicht so erbittert ist.

Politische Rundschau.

Die Wuthausbrüche gegen die Socialdemokratie, mit denen die „Hamburger Nachrichten“, das roheste aller bürgerlichen Blätter, die Langweile der Sommerfille aus ihren Spalten zu bannen suchen, geben der capitalistischen Presse allerorts die gewünschte Gelegenheit, auf fremde Kosten dem eigenen Bedürfnis des Schimpfens auf die Arbeiter genug zu thun. Es soll ja gar nicht gelehrt werden: im Schimpfen, Verleumben und Lügen gegen die Arbeiter ist die Hamburger Keiferin allen ihren Schwestern über. Sie hat den längsten Athem, seit Alle vergeht, kein Tag ohne Mord- und Brandartikel und dem reichsten Schatz an der unfreiwilligen Komik wüster Schimpferei. Schlägt doch das Blatt in seinem letzten Artikel vor, um Blutvergießen „thunlich“ zu vermeiden, man möge zu einer nothwendigen Sonderung der Socialdemokratie von dem ordnungsliebenden Theil des Volkes in jeder Gemeinde ein autenthisches Registre der Angehörigen der socialdemokratischen Bestrebungen herstellen:

Die Sache ist nicht so schwierig, wie sie aussieht, wenn in den Listen über die Socialdemokraten einzuweisen nur alle diejenigen eingetragen werden, die sich selbst, als Abgeordnete, Redactoren, Wahlreuer u. s. w., zur Socialdemokratie bekennen: die Vervollständigung wird sich ja allmählig finden. So wie es im französischen Reiche für unsere Kruppen Bedenklich war, genau darüber unterrichtet zu sein, wer Franktireur war, von wem man erwarten konnte, plötzlich beschossen zu werden, ebenso ist es für die Ruhe und Ordnung liebende Bevölkerung nützlich kennen zu lernen, wer von ihren Nachbarn zu denjenigen gehört, die auf den „großen Plabberndath“, auf den Zusammenbruch, den Umsturz und die socialdemokratische Plünderung warten. Wer zweifellos der socialdemokratischen Partei und ihren Bestrebungen angehört, der sollte unserer Auffassung nach weder Wähler noch wählbar sein, und wir glauben auch nicht, daß ihm die Benutzung der Sicherheiten und Bequemlichkeiten des von ihm angefochtenen und verurtheilten Staates in gleichem Maße wie seinen übrigen Mitbürgern zustehen sollte.

Nun, das ist gewiß Tollheit, Tollheit im höchsten Grade; aber wir müssen sagen, daß es uns nur angenehm zu lesen ist, weil nicht gelehrt scheint, die Sache der Gegner bloßzustellen, als solche blutrünstiger Blödsinn. Damit ist durchaus nicht gesagt, daß die eben angeführten Sätze nicht wirklich vorhandenen Anschauungen und Absichten einflußreicher Kreise entsprechen. Sie sind aus junkerlich-preussischem Geist geschrieben, aber von Leuten oder im Dienste von Leuten, die ganz etwas anderes sind als altpreussische Beamte oder ideologische Vertreter des vormärzlichen Preussenthums, im Interesse von Leuten, die vielmehr den alten Haß und das alte Vorurtheil gegen alles Revolutionäre und vor allem das Socialdemokratische schlaue ausnutzen wollen, um den Arbeiter gefesselt für ihre Ausbeutungsbede überliefert zu bekommen. Es wäre unbesonnen, diese verschiedenen Leute, die so schön zusammenhängen, unterschätzen zu wollen, aber sie können, wie gesagt, ihren Absichten durch solche Verrücktheiten, wie sie in den „Hamburger Nachrichten“ zu lesen sind, bloß schaden. Und ebenso nehmen wir auch die vorzügliche Inspiration solcher Artikel durch den Fürsten Bismarck nicht besonders ernst. Er mag zwar gerade zu jenen gehören, die in ihrer Auffassung von Volk und Volksströmungen vielleicht über den alten Standpunkt der preussischen Furcht nicht hinausgekommen sind, und als Unternehmer mag er sich gar oft mit Stumm's Ansichten begegnen, aber man kann überzeugt

Lene.

Roman von Nicolaus Krauß.

Mit sehr gemischten Empfindungen sah daher Jacob Weiß stets dem Kirchfeste entgegen. In seinem gedrückten und seither zur Demuth und Unterwürfigkeit neigenden Gemüthe empfand er voll und dankbar die Ehre, die ihm durch die Anwesenheit so vieler Stellvertreter Gottes widerfuhr; wenn er aber an die Verwünschungen dachte, die das Fest in seinem Geldbeutel, die frommen, wohlgenährten Herren unter seinen Vorräthen anrichten würden, stieg in ihm ein Grauen auf, das ihn Tag und Nacht verfolgte. Und er zermarterte sein Gehirn, wie er den Verlust wieder hereinbringen sollte.

Lene wurde von den Zurüstungen zum Feste ganz verblüfft. Sie hatte so etwas gar noch nie gesehen. Als das Schwein an dem Hinterbein aus dem Stalle gezogen worden, schrien die Kinder fast mehr als das Thier, dem der Schlächter das Messer an die Kehle setzte. Keines wollte das Blut rühren, bis es Lene direct beobachtet wurde. Eine halbe Stunde später war allerdings ihr Mitleid und Mitgefühl in alle Winde verpflogen, sie halfen bereitwillig beim Sped- und Semmel schneiden, Schmalzbraten und Butter machen. Lene war glücklich. Da gab's ja Sped und Fett in die Million, mindestens drei große Blechfäße mußten voll werden, und die Tante mußte davon schmälzen können, der „Obber“ und die gebadeten Knädel, wenigstens ein ganzes Jahr. Da brauchte sie doch immer zu kochen. Dann kamen auch von den Bauern nach der Reihe die „Schlachtschiffeln“: halbe Schweinsköpfe, frische „Krocheln“ und Blut- und Leberwürste, ob und zu lag auch ein langes, schmalgeschultenes, mageres Stück Fleisch dabei. Die mit

weißen Leinen überdeckten Schüsseln wurden von Schulkindern gebracht; und keines ging eher, bis der Lehrer es gesehen und sein Gesicht betrachtet. Einige Tage später kam ein großes Faß Kulmer „Raubers-Bier“, der Lehrer machte ein andächtig-feierliches aber dabei ganz glückseliges Gesicht, als er es im Keller aufschrotete.

Einen Tag vor dem Feste war der Unterricht eingestellt worden. Das ganze Schulhaus roch nach kochendem Schmalz und dampfenden „Rücheln“, die beirahe so lang waren wie Lene ihr Arm. Der erste Gast war an diesem Tage dreier gekommen, eine befreundete Lehrersfrau, die beim Rüchelbaden half. Sie wußte von allem Nützlichen zu erzählen; was für ein possirliches Gesicht ihr Mann machte, wann er einen guten Braten in der Döhre spüre, wie viel uregelmäßige Kinder es dieses Jahr in ihrer Pfarrei gegeben, wie sie ihre Festgäste schon seit Jahren kochte, indem sie ihnen gewässertes Fleisch von jungen Kaninchen als „Wiener Badhännel“ vorsetzte. Die letzte Mittheilung erfolgte unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit, aber unter einem Gelächtersturm über die dummen, keunmalgeschiedten Männer, daß selbst die Rosel herbeikam und ihr Einverständnis durch mehrmaliges Niesen, das bald wie ein Gurgeln klang, zu erkennen gab.

Am Tage des Kirchfestes gab es für die Mülhlesener außer dem Hochamte ausnahmsweise auch eine „Frühmesse“. Es las sie auch diesmal wie immer der Kaplan. Und er tummelte sich, um so schnell als möglich fertig zu werden. Außer Lene und den Lehrerskindern, der Lehrerin und einigen Bazernfrauen aus dem Dorfe, die er doch für eine Sünde gehalten haben würden, an diesem hohen Festtage seine Messe „mitgenommen“ zu haben, war Niemand in der Kirche. Nicht einmal der Herr Cantor. An seiner Stelle saß seine Tochter Margareth auf der Orgel nach Löwen

herum, man vernahm aber gewöhnlich nichts, als das langgezogene Drummen des Pedals. Schwieg ab und zu die Orgel, dann hörte man deutlich das Klappen und Hämmern der Händler und Krämer, die den Kirchberg hinab, zwischen der Schule und dem Wätkhof ihre Stände und Buden aufstellten.

Als Lene aus der Frühmesse zurückkehrte, fand sie schon das zu ebener Erde gelegene, nach der Baumschule schauende „Staatzimmer“ voll fremder Männer; es waren Lehrer, die zwei, drei Stunden weit zum Feste hergekommen waren.

Sie saßen in kleinen Gruppen beisammen, plauderten und kosteten das „Raubers-Bier“, das ihnen Jacob Weiß in feiner schusterrigen, hin- und herfahrenden Art immer und immer wieder anbot.

„Ist ein Bier!“
„Ein recht sauberes, braves Bier!“
„Da liegt was drinn“, meine Herrn!“
„Alles und immer. Der Weiß ist doch ein Hauptker!“

So lauteten die Urtheile. Und immer noch hielten sich Nachzügler ein, die sofort bereitwillig nach dem Glase oder Krüge griffen. Die Geistlichen, welche nicht am Hochamte theilhaftig waren, kamen aus dem Vaterstädel herunter, und ihr Durst war nicht weniger gestillt, als der der Lehrer.

Nach zehn Uhr begannen alle Glöden zu läuten, und Alles strömte nach der Kirche. In den Häusern und Höfen blieben nur die Hausfrauen zurück und Diebstahler, welche ihnen beim Kochen helfen sollten. An diesem Kirchfeste erlebten die Mülhlesener „Kirch Kinder“ zwei Ueberraschungen. Nicht wie sonst hielt und sang das Hochamt ein Pörrer, noch im letzten Augenblick war der Bezirksvikar angefahren gekommen, und er celebrirte unter Assistenz zweier Pörrer, die ihm als Diacone dienten. Man wollte dem Lehrer Jacob Weiß eine Auszeichnung bieten, weil er sich stets

sein, daß die besagten Artikel nicht so sehr von ihm her-
 rühren, als vielmehr sein Name von Stumm und Genossen
 zur Aufbietung des Altpreußentums und von den Ham-
 burger Nachrichten" und den anderen biswärtlich sich nennenden
 Blättern als Geschäftsräume benützt wird. Die Ham-
 burger Nachrichten können sich vor ihren Lesern die bis-
 wärtliche Maske wohl gefallen lassen, und auch die übrigen
 bürgerlichen Blätter geben lieber vor, ihre hungerigen Spalten
 mit vermeintlichen Neuheiten des „Altreichstanzlers“ als
 mit blutdürstigem Geschwätz eines Hamburger Striifars oder
 mit den Treibereien der Stumm'schen Sippe zu füllen. So
 will es das Geschäft, und das geht allem voran, auch der
 Rettung von Familie, Eigentum und Ordnung!

— Zur Charakteristik des „Afrikaners“
 Schröder erhält die „Sf. Wtg.“ eine Zuschrift von einem
 Mitarbeiter Schröders auf der Plantage Lema. Derselbe
 Augenzeuge vieler Brutallthaten Schröders schreibt:

Eines Tages wünschte Schröder von einem Jumbo-Häupt-
 ling eine Partie Fuhren. Da derselbe die geforderte Anzahl nicht
 lieferte, schloß Schröder ihm eine Ladung Schrot in
 den Rücken. Ein in der Nähe von Lema gelegenes Magazin
 war Nachts geplündert worden, einige Tage danach kamen
 Schward, um Korn und Sand zu kaufen; einer dieser Leute
 hatte unglücklicherweise ein etwas verämbeltes Gesicht. Schröder,
 bereits ärgerlich, nahm an, der Mann könne der Dieb sein, schlug,
 ohne irgend einen Beweis, seinen Stock auf dem Schädel
 des Regers in Stücke. Auf dessen Schreie eilte ich herbei
 und konnte mich persönlich überzeugen, daß der Schädel
 nur noch eine blutende Wunde war. Diese Schand-
 that verübte Schröder in Gegenwart von zwei Zeugen (Euro-
 päern). Auch die Europäer hatten fürchtbar
 unter Schröder zu leiden. Die wenigen Herren hatten
 „Contract“, und befand sie mittellos waren — das war gewöhn-
 lich der Fall — schändete Schröder sie wie Gefangene und Ver-
 brecher. So wurde dort manche hoffnungsvolle junge Kraft
 körperlich und geistig gequält. „Mich selbst“, fährt der Gewährs-
 mann fort, „bedrohte Schröder mehrmals mit Freiheitsentziehung
 und Einweisung; später brachte er mir sogar, falls ich nicht
 innerhalb 24 Stunden einen Brief nach Berlin abgeben ließe,
 der einige oben erwähnte Schandthaten wiederholte, mich wie
 einen toten Hund am Wege niederzuliegen.“
 Auf Ansuchen sämtlicher Beamten, Studenten v. Bog und
 Brödmann, verließ ich mit deren Hilfe Nachts Lema und brachte
 die Sache in Fangan und Bagamou zur Anzeige. Zu dieser
 Zeit habe ich dem damals in Jangbar weilenden Geheimrat
 Kanfer auf Wunsch der Herren v. Zoden und Biergouverneurs
 Sonnenhagen ausführlich unter Angabe von
 Zeugen über Schröders Schandthaten auf Lema
 berichtet.

— Die privilegierte Schießerei geht in den
 durch Reßig und Bübana ausgezeichneten Kreisen“ des
 deutschen Reiches lustig weiter vor sich. Eine hübsche Durch-
 sicht berichtet das „N. N. Tagbl.“ Ein Pitt-
 meister ließ seinem hoffnungsvollen Sprößling durch einen
 Philologen Nachhilfestunden geben, vergaß aber fort-
 während die Bezahlung des Lehrers. Als 3 Briefe un-
 beantwortet blieben, ließ der Philologe dem Pittmeister durch
 einen Rechtsanwalt einen höflichen Mahnbrief schreiben. Statt
 des erwarteten Geldes kam aber der Cartellträger des Pitt-
 meisters mit der Mitteilung, das Ehrengericht habe ent-
 schieden, daß der Mahnbrief eine Beleidigung sei und der
 Pittmeister seinen Gläubiger auf Pfändung fordern
 müsse. Der Philologe, der offenbar einem Corps angehört,
 legte den Fall dem S. C. vor, der entschied, daß der Philo-
 loge den Pittmeister durch den Mahnbrief nicht beleidigt habe
 und deshalb auch die Forderung nicht anzunehmen brauche.
 Der treffliche Vaterlandsverehrer aber hat verschuldeten
 Kameraden ein vorzügliches Mittel an die Hand gegeben, sich
 mit warmer Gläubiger vom Halse zu halten.

Noch bezeichnender ist eine andere Durchsicht, die
 in den letzten Tagen sich abspielte. In der vorigen Woche
 kam es in einem Schloße in Gladbeck bei Gelegenheit eines
 Schachspiels zwischen dem Gerichtsherrn Zimmermann aus
 Buer und dem praktischen Arzt Dr. Beckmann aus Gladbeck
 zu einem kleinen Wortwechsel. Drei Tage darauf ließ der
 Herr Richter wegen dieser Sappalie den Arzt durch einen
 Cartellträger, Rechtsanwalt B. aus Effer, zum Duell auf
 Pfählen fordern. Dr. Beckmann lehnte es vernünftiger
 Weise ab, dem überflüssigen Ehrentitel zu Willen zu sein.

Dieser Affessor ist zum staatlichen Pfleger des Rechts bestellt!
 So werden Recht und Gesetz verhöhnt von Leuten, die zu
 ihrem Schutze berufen sind! Nur weiter so, Ihr Herren!

— Die Frage der Deportation von Straf-
 gefangenen hat, so schreibt officios die „N. N. Wtg.“
 neuerdings wieder häufiger den Gegenstand öffentlicher Er-
 örterungen in Deutschland gebildet. Es scheint, daß deswegen
 in den deutschen Schutzgebieten, insbesondere in
 Südwestafrika eine gewisse Beunruhigung entstanden ist, indem
 die Befürchtung gehegt wurde, die deutsche Regierung gehe
 damit um, Verbrecher nach Südwestafrika zu deportieren.
 Diese Befürchtung hat auch in den benachbarten fremden
 Colonien Ausbruch gefunden und namentlich einem Theile der
 capländischen Presse mehrfach Anlaß zu Angriffen gegeben.
 Wie wir hören, besteht indessen jene Absicht an maßgebender
 Stelle keineswegs, was um so natürlicher ist, als gegen
 die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit
 der Deportation gewichtige Bedenken er-
 hoben werden.

Da werden die edlen Herren, welche die bösen „Rothen“
 gern nach Afrika abschleppen möchten, wohl noch etwas Geduld
 haben müssen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden!

— Spitzbuben geles. Die „Frankf. Wtg.“ hatte
 dieser Tage darauf hingewiesen, daß auch Preußen aus
 vorwärtlicher Zeit noch ein Gesetz auf Lager habe, das gleich-
 dem später erlassenen sächsischen Gesetz der Polizei das Recht
 giebt, Personen, die eine Freiheitsstrafe verbüßt
 haben, den Aufenthalt an bestimmten Orten oder in
 bestimmten Bezirken zu untersagen. Daraufhin sind ihm
 zwei Zuschriften zugegangen, die gleichmäßig die Frage stellen,
 ob denn nicht das Freizügigkeitsgesetz für das
 Deutsche Reich jene Particulargesetze beseitigt habe.
 Das Blatt beantwortet diese Fragen dahin:

Leider muß die Frage verneint werden, wenigstens für
 Preußen, denn entgegen den logischen und rechtlichen
 Deductionen zu Gunsten der Ansicht, daß durch das Frei-
 zügigkeitsgesetz alle älteren Bestimmungen über Aufenthalts-
 beschränkungen obsolet geworden seien, hat das Oberverwaltungs-
 gericht in Berlin wiederholt entschieden, das preussische Gesetz
 von 1842 bestehe noch zu Recht und seine Anwendung sei
 nicht ausgeschlossen. Das jenes Gesetz schon einmal gegen
 Socialdemokraten, die wegen politischer Vergehen verurtheilt
 worden waren, zur Anwendung gebracht sei, hatten wir be-
 merkt. Dagegen wird angeführt, daß in den achtziger
 Jahren der politische Socialist Janitzewski nach Verbüßung
 einer längeren Gefängnisstrafe als „entlassener Sträfling“
 aus der Stadt Posen und dem umliegenden Umkreis der
 Stadt auf Grund des Gesetzes von 1842 ausgewiesen worden
 sei. Wir hatten lediglich die Zeit nach Beseitigung des
 Socialistengesetzes im Auge, denn dieses Gesetz gestattete ja
 ausdrücklich, Socialdemokraten, die bestraft worden waren,
 Aufenthaltsbeschränkungen zu unterwerfen; Sachsen bedient sich
 seines älteren Landesgesetzes jetzt als Surrogat für
 das Socialistengesetz; das hat unseres Wissens
 Preußen noch nicht gethan und wird auch hoffentlich
 jetztin davon absehen. Die reichlich die preussische
 Regierung in früheren Jahren das Spitzbubengesetz auch auf
 reichlich Straftäter angewendet hat, wird der älteren Generation
 noch in Erinnerung sein; namentlich das Mantuffische
 Regiment war in solchen „Mäusen“ groß. So wurde, um
 ein Beispiel anzuführen, dem „rothen Beden“, als er
 nach Verbüßung der ihm im Kaiser Communitarproceß zu-
 erkannten mehrtägigen Gefängnisstrafe in Köln seinen Wohnsitz
 nehmen wollte, von der Polizeibehörde erklärt, daß er
 als „entlassener Sträfling“ sich in der
 Stadt und deren Umkreis weder nieder-
 lassen noch aufhalten dürfe. Zwanzig Jahre
 später war Herr „Sträfling“ Oberbürgermeister
 der Stadt, in der man ihn als eine Gefahr für die Ruhe
 und Ordnung nicht hätte haben wollen. Gibt es Wirk-
 lichkeit, als solche Erinnerung?

— Die Pastoren in Seargebiet haben vor
 einiger Zeit eine Darstellung über Verhältnisse zu dem

Halberger König Stumm in einer Broschüre dem deutschen
 Volke unterbreitet. Nicht gerade wesentlich Neues bot sie:
 Stumm ist leicht charakterisirt. Er ist der rückwärtslose
 Capitalismus, der im Gefühl seiner Uebermacht mit jedem
 Mittel gegen seine wirklichen und vermeintlichen Gegner an-
 kämpft. Daß er sich selbst so wenig wie möglich einzu-
 zurechnen liebt, weiß man; entweder er versucht sich hinter die
 unangreifbare Person des Monarchen zu bergen, oder er schießt die
 Schuld für sich ins Feuer — nur alle kurzfristige
 Professoren ängstigt er wohl durch Pistolensforderungen. Auch
 gegen seine „rebellischen Pastoren“ geht er nicht offen vor.
 Sein Berliner Organ, die „Post“, besorgte diesmal die
 Denunciantendienste und empfahl den oberen Kirchen-
 behörden das Einschreiten gegen die Pastoren; jetzt be-
 merkt der „Schleifstein“, Stumms Feindlicher Organ,
 dem kgl. Consistorium zu Koblenz sei eine Beschwerdeschrift
 gegen verschiedene in der Broschüre enthaltene Auslassungen,
 die das Blatt als Unwahrheiten und Entstellungen bezeichnet,
 von Stumm eingereicht worden. Warum diese Umstände?
 Stumm scheut ja sonst nicht die Öffentlichkeit, so konnte er
 doch auch hier in seinen Blättern eine Erklärung geben —
 freilich ist die öffentliche Polemik unter gewissen Umständen
 sehr gefährlich.

— Die Zustände im Reichslande werden
 immer „schöner“. Wie dort das Notabelnthum
 begünstigt wird, darüber werden dem nationallibe-
 ralen „Kant. Cour.“ von dort folgende Beispiele mit-
 getheilt: „Ein Polizeicommissar, Inhaber des
 Eisernen Kreuzes, verhaftete einen Mann aus jenen Ständen
 wegen eines Sittlichkeitsverbrechens. Ein Jahr
 später fand die einer Strafe ähnlich sehende
 Verfehlung des treuen Beamten statt. Es sei so weit
 gekommen, daß die deutsche Einwanderung der
 Regierung fast unangenehm ist. Alldemüßige Herge werden
 behördlich genarrt, sich niederzulassen („Elsch den Elsässern!“)
 und die früher Eingewanderten bei jeder Amtsnachbesetzung
 den Notabelnsöhnen hintangeht. Man erzählt, daß die
 Schleißstädter Kreisarzstelle bloß deswegen seit Jahren un-
 besetzt gehalten werde, weil man nur die Wahl habe zwischen
 dieser ewigen Kalkanz und einem Deutschen, der ungemein
 tüchtig qualificirt und volksthümlich, aber eben kein Elsässer
 ist. Die Verkennung dessen, was frommt, gipfelt in dem
 Meißnerstück der neuen Gemeindeordnung, deren Vater Herr
 von Köller sein soll, der seiner Zeit unermüßlich war in
 der Verfolgung alter Corpsstudenten mit hohen
 eifässischen Amtsstellen. Diese Zuorkommenheit
 gegen das Notabelnthum habe eine demoralisirende, das
 Rechtsgefühl im Volke bedrohende Wirkung. Aber auch
 politisch sei sie im höchsten Maße bedenklich. Gerade die
 deutsche unbestechliche Gerechtigkeit („il y a des juges
 à Berlin“ hieß es ja früher!) war es nach der Wieder-
 erlangung des Elsäß, die einen tiefen, vortheilhaften Eindruck
 auf das im Grunde recht kluge eifässische Land machte.
 Bei Euch macht der Rang vor dem Gesetz keinen Unter-
 schied.“ So hörte man früher das Volk sagen. Es sagt
 dies bald nicht mehr. Es sei geradezu verhängnisvoll
 für das Deutschthum im Elsäß, daß die Regierung unau-
 gesetzt „die Härte und Unschmeichelei, die deutschem Wesen
 gegenüber kühl bis an's Herz hinan sind“.

Rußland.

Die russischen Blätter veröffentlichten eine amtliche Rund-
 machung des Petersburger „Regierungsboten“, welche die
 offizielle Darstellung des Streits enthält. Es ist eines der
 merkwürdigsten Schriftstücke, die jemals von einer Regierung
 ausgegangen sind, und wenn man bedenkt, daß es zum ersten
 Mal geschieht, daß eine russische Regierung über einen Streit
 in jünger Weise mit der Öffentlichkeit sich auseinandersetzt,
 so giebt es wohl keinen deutlicheren Beweis für die ungeheure
 Bedeutung des Petersburger Ausstandes als gerade dies.
 Die amtliche Rundgebung berichtet zunächst über die Ursachen
 und den Verlauf des Ausstandes, führt die Forderungen der
 Arbeiter an — im großen Ganzen übereinstimmend mit den

als treue Säule der kirchlichen Partei bemächt, während ich
 bei so manchem anderen Lehrer schon der Geduld des Ver-
 spruchs gerührt.

Kaum hatten das die Lehrer bemerkt, als auch sie sich
 zu einer That antrafen. Sie überließen ihre Kirchen und
 fanden daß sie ein vollständiges Netzwerk belebter Kirchen
 und so beten sie sich selbst als Kirchenthümlichkeiten für jeden
 Tag an, gleichsam auch zum Krieg für den Reichthum.
 Dem Lehrer gütliche vor Uebermaß und Freude das Herz,
 so würde er doch wenigstens auch einmal das haben, was
 ihm er sich Zeit seines Lebens gewohnt, eine „Kirchliche“
 Kirchenmusik. Sofort wollte er ein. Aber einen halben
 Strauß gab es noch. Die Bauern, die bisher bei allen
 Hochzeiten die Instrumente gehandhabt, wollten herge-
 nicht, so war nichts, die nicht, von ihrem Privilegium lassen.
 Endlich, nach langen Bitten, gab er sich; nur zwei Klavier
 verstand, der erste Klavier und der erste Klaviermeister;
 der eine sollte sich zum Besten einige neue Driller und Streich-
 angehecht, der andere meinte, er wüßte nicht jeder Be-
 dingung blauer, von wegen des Durchzugers. Und jetzt
 gab eine Hand an, wie sie die Klaviermeister noch niemals in
 ihrer Kirche gehört hatten und wohl überhaupt niemals wieder
 hören werden. Schon nach dem Ende legten auch die beiden
 Besonderen ihre Instrumente weg, um anzugehen. Unter und
 auf den Chören waren alle Hände gerührt und alle Ohren ge-
 spitzt, und der alte Kirchenwacht-Sonator muß ihnen noch
 seinen Klaviermeister, um einen guten Tag zu thun.

Als die Gelehrten begannen, konnte es nicht mehr
 ausbleiben, daß der überflüssige Lehrer die Uebernahme
 als ein alte nach Hause. Seine Frau stand mit ihm
 und er habe mit Hilfe und einem ganz neuen Stoff
 einer neuen Kirchenmusik, die man „Kirchenmusik“ nennt.

Das ist eine gute Sache, die ich auch sage, ich bin glücklich
 zu sein:

„Herr! Herr! So was ist es mit da. Ein Vicar
 und ein Diakon! Und die Musik! Da das Fest
 werden die Klaviermeister werden, und 's ganz Sperland wird
 davon reden — — — Ich muß da ein Schmaus geben,
 und immer geben, da Herrsch, da — — —“

Die Orgelmeister gingen mit ihm nach Hause den
 Abend und meinte, aber bedenklich meinte noch:

„O Herr! Ich bin glücklich und froh, und ich gönne
 dir deine Freude, Herr. Aber die dritte Maß Zeit hab'
 ich verstanden, aber für die „Kirche“, und ich weiß noch
 immer mit Glück, als ich lang war — — —“

„Ja gut! Ja gut! Herr! Die Freude ist ja lang wird,
 kommt mir so ein Schmaus zum Besten“, sagte der Lehrer
 und war im Hofe.

Die alte Orgel konnte sich nicht um die schöne
 Musik und um die kluge Klavier. Klavier kann ich nicht
 spielen, nur ich Klavier, und dies Klavier, Klavier und
 Klavier empfand sie in einem Augenblick war als Störung
 beim Besten. Und Herr sagte es an diesem Tage, einen
 klugen Gelehrten und es ist ja nicht. Deshalb hatte sie
 schon an seinen Klavier als ihre Klaviermeister hervorgehoben
 und ihr ganz „Kirche“ angestrichelt: sie beruhigte
 Strömung, die bedenklich gewordenen Klavier, das Klavier
 mit dem klugen Klavier Klaviermeister und die Klavier r-
 Klavier, nur der das Klavier ganz, daß drei Klavier
 Klavier war in einem Augenblick nicht ohne Klavier.
 „Ich bin glücklich und froh, und ich gönne
 dir deine Freude, Herr. Aber die dritte Maß Zeit hab'
 ich verstanden, aber für die „Kirche“, und ich weiß noch
 immer mit Glück, als ich lang war — — —“

des Inhalts beschäftigten sich mit dem Leben und Treiben
 der Räuber auf dem Ralmer Berge, erst ganz zum Schluß
 kamen einige kräftige Scheltlein, bestimmt und gut für ganz
 bestimmte Gelegenheiten: für Wassernoth, gegen Ver-
 suchungen des Fleisches und gegen Viehsterben.

Als man zu Wandlung lantete, war die Rosel gerade
 an die Stelle gekommen, wo ein Räuber, der ein Burg-
 frauente entführt, um sich ihren Schmutz argueignen, dieselbe
 anherricht:

„Reiß nieder und verricht' Dein letztes Gebet, denn
 Du mußt sterben!“

Demüthig sank die alte Magd auf die Knie, und wä-
 rend sie sich drei Mal an die Brust schlug, daß es ordentlich
 klirrte, flücherte sie: „Jesus, Dir leb ich, Jesus, Dir sterb
 ich, Jesus, Dein bin ich in Leben und Tod! Amen!“

Das Hochamt war zu Ende. Während die Kirche sich
 allmählich leerte, sprang Jakob Weiß noch einmal auf die
 Orgelbank und spielte, um seinen Collegen zu zeigen, daß
 auch er etwas könne, einen ersten, getragenen, selbstverständlichen
 „Reiß aus“, in welchem verschiedene Tacte aus: „Thant
 Quamel den Gerechten“, „Hier liegt vor deiner Majestät“
 und gewagte Uebergänge friedlich auf einander folgten.

Als die Lehrer das Schlußamt wieder betraten, lehrte
 sich die meisten die Lippen; die einen, weil sie von den ver-
 stellten Bauern-Instrumenten einen Nachgeschmack auf die
 Zunge spürten, die anderen, weil ihnen nach dem Essen die
 Zunge wüßerte. Bald wurde es auch ansetzender. Der
 Scherz ergiebt sich selbstverständlich seine Hochwürden, der
 Herr Herr. Die „Hochwürden“ fand all-mäuren Beifall
 auch das Klavier mit Klavier wurde für gut befunden
 (Fortsetzung folgt)

berichts nach Westeuropa gedruckten Nachrichten, wobei besonders hervorzuheben, daß die friedliche Haltung der Streikenden ausdrücklich bestätigt wird. Nur sucht die Umgebung die Bedeutung des Streiks etwas herabzudrücken, indem die Anzahl der Ausständigen mit 14,712 Arbeitern angegeben und zugleich behauptet wird, die übrigen Petersburger Fabrikarbeiter, der Zahl nach 68,445 hätten sich vom Ausstande ganz ferngehalten, ihn auch nicht einmal mit Geldzuschüssen unterstützt. Nun aber kommt der officielle Bericht auf das Verhalten der Petersburger Socialdemokraten zu sprechen, und da heißt es: „Die bei allem sonstigen friedlichen und anständigen Verhalten gleichwohl widergesetzliche Abweichung der Arbeiter von ihren Pflichten gab übelgesinnten Leuten die Veranlassung, zu versuchen, dem Streik einen verbrecherischen politischen Charakter zu geben. Mit verschiedenen Unterschriften, wie „Bund für die Befreiung der arbeitenden Klassen“, „Arbeiterbund“ und „Moskauer Arbeiterbund“ gezeichnet, erschienen 25 Flugblätter unterschiedlichen Inhalts, von denen das erste vom 25. Mai, das letzte vom 27. Juni datirt war. Mit Sicherheit kann man voraussetzen, daß die Verfasser dieser Blättchen die bereits ausgebrochenen Zustände zu beklagen suchten zu dem Zweck, um ihnen einen fatalen Charakter zu verleihen und die Arbeiter in diesem Sinne zu leiten. In den ersten Flugblättern, die sich an die Arbeiter wenden, wiederholen die Agitatoren jene Forderungen, die die Arbeiter schon früher aufgestellt haben, weisen auf die Ziele hin, die die westeuropäischen Arbeiter erstreben, reden ihnen zu, im Auslande zu verharren, und versprechen ihnen eine Geldunterstützung, die von den deutschen Arbeitern bereits angelangt sei. Sie ertheilen Rathschläge, die Arbeiter möchten sich vernünftig betragen, was diese ohnedies schon vor dem Erscheinen der Flugblätter gethan von allem Anfang des Ausstandes her. Aber dann sind die Flugblätter angefüllt mit empfindenden Hazerien gegen die Capitalisten, gegen die gesetzlichen Einrichtungen und die Staatsgewalt. Sie bleiben nicht bei den Arbeitern stehen, sondern wenden sich an die Gesellschaft und laden diese ein, sich den „russischen Socialdemokraten“ anzuschließen. Einige Flugblätter richteten sich an die übrigen Fabriken und Werkstätten mit der Aufforderung, den Streikenden zu helfen und in ihre Reihen zu treten. Zwei oder drei Flugblätter waren an die Moskauer Arbeiter gerichtet. Diese verbrecherische Propaganda hat aber keinen Erfolg. Denn um ganz zu schweigen, daß solche Flugblätter auf die Gesellschaft nicht wirken können, so hat der gesunde Sinn der (nichtstreikenden) Arbeiter ihnen verwehrt, sich gegen den ordnungsgemäßen Lauf der Dinge in der Fabrik zu vergehen und die Angriffe auf die Ordnung in den Spinnereien durch Hilfe für die Streikenden zu unterstützen. Ebenförmig Erfolg hatten die Flugblätter unter den Streikenden selbst. Rechtzeitige Ermahnungen und entsprechende Maßnahmen der hauptsächlichsten Polizei- und Fabrikinspection haben in kurzer Zeit sowohl den Streik selbst als die Ursachen des Nichtverständnisses zwischen den Arbeitern und den Fabrikanten beseitigt. Damit die Arbeit möglichst bald wieder aufgenommen werde, hat der Statthalter den Arbeitern persönlich und unmittelbar die Ungefährlichkeit ihres Vorgehens auseinandergesetzt und sie auf jene Ordnung verwiesen, bei deren Einhaltung es einzig möglich ist, ihre Forderungen zu befriedigen, soweit diese nämlich eine gesetzliche Basis haben. — Die Rundschau erwähnt zum Schluß, daß die Arbeiter diesen Ermahnungen sich bald gefügt hätten, zumal ihre Mittel sehr knapp zu werden anfangen. Nur jene, die besser entlohnt und somit besser mit Geldmitteln und Credit bei den Krämeren ausgestattet gewesen, hätten noch einige Zeit gezögert. — Es bedarf nicht vieler Worte, um die Bedeutung dieser offiziellen Rundgebung völlig klar zu machen. Am auffallendsten an ihr ist das Bestreben der Regierung, den Scherhaken so darzustellen, als stünde der Streik mit den Socialisten in gar keiner Verbindung, und diese seien erst später dazu gekommen, um ihn für ihre Zwecke auszunutzen. Daher die wiederholte ausdrückliche Ermahnung des friedlichen Vorgehens der Ausständigen, die einen Lob sehr nahe kommt, daher das Bestreben, zu zeigen, daß das Eingreifen der Regierung den Streik beigelegt habe. Wobei freilich der kleine Widerspruch paßt, daß zugleich die Noth der Streikenden als Ursache der Wiederaufnahme der Arbeit angeführt wird. In der That erreicht die russische Regierung durch ihre Ausführung das gerade Gegentheil der von ihr gewünschten Wirkung. Was man zu deutlich aus jeder Zeile hervorliest, das ist die Furcht, die Furcht vor den Arbeitern, die Furcht aber auch vor den Socialisten. Die russische Regierung hat sich sonst nie geschämt, den Arbeitern bei einem Streik mit Gewalt zu begegnen, am wenigsten hätte sie ihnen, wie hier, unter der Bedingung der Wiedereinnahme der Arbeit Unterstützung und thunlichste Erfüllung ihrer Forderungen versprochen. Man erzählt sich zugleich, daß Witte die Unternehmer der vom Ausstand betroffenen Spinnereien und Webereien persönlich vorgenommen und ihnen deutlich gemacht habe, daß die russische Regierung, die die Unternehmer durch den Schutz vor fremder Concurrenz sichert, von ihnen verlange, es auf solche Ausstände, wie der letzte Petersburger, nicht ankommen zu lassen. Die russische Regierung, die den Streik sonst mit Gewalt unterdrückt, hat diesmal ihre Macht über die Unternehmer angewendet, um die Arbeiter durch ihre Scheinbare Fürsorge zu gewinnen: darin brüht sich ebenförmig ihre Furcht vor der Arbeiterbewegung als die Bedeutung des letzten Streiks in Petersburg aus.

Afrika.

Mit dem Urtheil im Jamesonproceß ist man in leitenden Kreisen der Südafrikanischen Republik keineswegs zufrieden. Das Londoner Bureau der Johannesburg Standard and Digest News erhielt ein Telegramm aus Johannesburg mit folgendem Inhalt: Präsident Kruger habe auf Befragen erklärt, die Frage über Jamesons Einfall sei noch nicht ergebnislos aus der Welt ge-

schafft. Die Richter hätten noch nicht entschieden, wer die Räubersführer gewesen seien. Die englische Regierung habe hierüber noch ihre Entscheidungen zu treffen. Er habe es abgelehnt, zu Gunsten Jamesons sich in's Mittel zu legen, weil Jameson seine Schuld nicht anerkannt habe, und weil nach telegraphischen Mittheilungen Jameson erklärt habe, er wünsche die Intervention des Präsidenten nicht.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Weber im Culengebirge ist beendet. Aus Langenbielau wird uns darüber geschrieben: Der Beschluß wurde in der letzten Versammlung der Streikenden gefaßt, nachdem Genosse Krähig zunächst noch den Verlauf des Streiks geschildert hatte. Anfangs habe der Fabrikant, führte Redner aus, nichts bewilligen wollen, nach und nach habe er aber doch Manches zugestanden, so die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Viertelstunde, die theilweise Erhöhung des Stücklohns und die nicht zu unterschätzende Beseitigung mancher Mißstände. Auch sei durch den Streik ein großes Licht auf die hiesigen Wohnungsverhältnisse geworfen worden. Ferner hätte durch den acht Wochen langen Kampf das Unternehmertum wenigstens gelitten, daß die Culengebirgs-Weber dem Capital ebenfalls zu trotzen verstehen.

Der Gewerbe-Inspector habe gesagt: Wäre die Arbeit vor 14 Tagen aufgenommen worden, so wäre nur Krähig gemäßigter worden, jetzt sollten aber noch einige Arbeiterauschuss-Mitglieder ein Opfer des Lohnkampfes werden. Jeder Einzelne müsse sich jetzt die Frage vorlegen, ob wir bei längerem Aushalten mehr erringen könnten, als uns bereits zugestanden ist.

Bei der nun folgenden geheimen Abstimmung werden die Streikenden dringend ermahnt, ja so zu stimmen, wie es ihrer Ueberzeugung entspreche. Abgegeben wurden 310 Stimmzettel — etwa 100 Streikende waren nicht in der Versammlung anwesend — 262 Stimmzettel sprachen sich für Weiterführung des Streiks aus, 46 für Beendigung und 6 Stimmzettel waren unbeschrieben. Dies Resultat, wozu noch kam, daß in letzter Zeit aus den umliegenden Ortshäusern sich Streikbrecher meldeten — weiter schrieben die dilettantischen Genossen, sie könnten es leider nicht verhindern, daß aus Dörfchen ein Trupp Streikbrecher käme — dies Alles veranlaßte die Genossen Krähig und Haberecht für Beendigung des Streiks einzutreten. Die Streikenden hätten durch ihren Streik mehr erreicht, als bei den letzten Lohnkämpfen im übrigen Deutschland errungen worden sei, und man solle das Errungene jetzt nicht durch die Weiterführung des Streiks in Frage stellen, da schließlich durch die Streikbrecher die Streikenden gezwungen würden, doch ein Ende mit dem Ausstand zu machen. Da sei es besser, gemeinsam wieder in die Fabrik zu gehen, als daß die Streikenden in wilder Aufregung die Arbeit aufnahmen. Die Streikenden erklärten dann auch mit allen gegen sechs Stimmen den Streik beendigen zu wollen.

Damit ist der Lohnkampf hier nach achtwöchiger Dauer beendet. Was denselben besonders auszeichnet, das ist, daß eine sehr niedrig entlohnte Arbeiterkategorie so lange treu zusammengehalten und dem Capital getrotzt hat. Ist das Erzielte auch nicht groß, so wird doch dieser nun beendete Kampf für jene Capitalisten in unserer Gegend eine Lehre sein, die glauben, den Arbeitern Alles bieten zu können.

Nicht vergessen sei an dieser Stelle, der deutschen Arbeiterkategorie — insbesondere der Hamburger Bevölkerung, die sich besonders in der Unterstützung der Streikenden hervorgethan hat — Namens der Culengebirgsweber zu danken dafür, daß sie es durch ihre Unterstüßungen ermöglichten, daß die Culengebirgsweber dem Capital wenigstens etwas abtrotzen konnten.

Die Werftarbeiter der glensburger Schiffbauwerkstatt. Die 1500 an der Zahl, auf Straßenspaster gesetzt sind, weil ein Drittel von ihnen, hauptsächlich ungelernete Arbeiter, einen Minimumlohn von 30 Pf. verlangte, hatten der Direction mittheilen lassen, daß man gern verhandeln werde. Die Antwort lautete, man denke an keinen Vergleich, sondern habe sich auf vier Monate eingerichtet. Die Werftarbeiter antworteten darauf in einer Versammlung mit folgenden Forderungen: 1. Minimallohn von 30 Pf. pro Stunde beziehentlich 3 Mk. pro Tag; 2. das Drittel Lohnaufschlag für Ueberstunden zählt die Wert extra (es wird nicht wie früher vom Accord bezahlt); 3. die Arbeitszeit ist 9 1/2 stündig: im Sommer-Halbjahr ist 1 1/2 Stunde, im Winter-Halbjahr 1 Stunde Mittag; 4. der Lohnaufschlag für die halbstündige Arbeitszeitverlängerung ist für sämtliche Lohnklassen procentual aufzuschlagen, so daß bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit derselbe Lohn bezahlt wird, wie sonst für 10 Stunden; 5. zur Regelung von Streitigkeiten aller Art, Regelung der Accorde und der Beschwerden über Uebelstände ist von den Werftarbeitern ein Arbeiterauschuss von fünf Personen zu wählen. Weiter wurde beschlossen, daß auf eine Bekanntmachung der Werftleitung hin die Arbeit unter keinen Umständen aufgenommen werden soll, sondern nur auf Beschluß einer Werftarbeiter-Versammlung. Was die Forderung nach gleichmäßiger Verteilung des Accordüberschusses betrifft, so wird darüber in der nächsten Versammlung verhandelt werden. Endlich beschloß man noch, den Magistrat um Stundung der Steuern auf so lange zu ersuchen, bis die Werftarbeiter wieder in Arbeit sind, und die Presse wurde aufgefordert, wahrheitsgetreue Berichte zu bringen.

Die Arbeiter Deutschlands werden gebeten, ihr Solidaritätsgefühl thätig zu betheiligen. Sendungen sind zu richten an Otto Wustrad in Flensburg, Vorderstraße 40.

Die Steinseger von Halle a. S. sind, über 100 Mann stark, in den Streik getreten, da die Unternehmer, vorwiegend Zanunungsmeister, ein Eingehen auf die bereits im „Vorwärts“ mitgetheilten Forderungen ablehnen.

Der Streik der Holzbildhauer Stuttgarts ist nach 14wöchiger Dauer beendet. In einer größeren Anzahl von Fabriken ist die neunstündige Arbeitszeit bewilligt, in einigen besteht noch die 9 1/2 stündige. Der Arbeitsnachweis, welcher den Fabrikanten ein Dorn im Auge ist, wird auch in Zukunft in den Händen der Gesellen bleiben.

In Wien dauert der Streik der Klempner unverändert fort, desgleichen der Streik in der Brauerei Währing. Originell ist wie die Brauerei-Verwaltung die Ausständigen mürbe zu machen sucht. Sie wendet sich an deren Frauen mit dem Ersuchen, ihre Männer zu überreden, und um die Frauen dazu geneigt zu machen, schenkt ihnen der Braumeister Biermarken im Werthe bis zu 7 Wintern. Die Vermittlung des Gewerbe-Inspectors hat die Brauerei-Verwaltung hegelnder Weise abgelehnt.

Die Tischler und Anstreicher Straßl's wollen die Arbeit niederlegen, falls ihre Lohnforderungen nicht bewilligt werden.

Internationaler socialistischer Arbeiter- und Gewerkschaftscongrès.

London, den 1. August 1896.

Aus der gestrigen Nachmittags-Sitzung sind die Debatten über die Kriegsfrage noch kurz zu zitieren. Der Berichterstatter, Reichstagsabgeordneter G. Wurm, hob hervor, daß die Kriegscommission ihre Arbeiten in sehr friedlicher Weise erledigt habe. Ein Antrag, den Generalirei zu proclamieren, um den Krieg abzudecken, der von französischer Seite kam, wurde abgelehnt und die beiden Delegaten, die den Antrag vertraten, schloßen sich schließlich der Majorität an. Redner begnügte sich eingehend den getrennt mitgetheilten Wortlaut der Resolution. Die Redner Herr geben gewissenlosen Sadehaglern die Möglichkeit, sich die Vorderbränge zu holen, von denen sie Tag und Nacht träumen mögen.

die aber nicht die Vorderbränge sind, die die Völler den wahren Ekel und Beissen zuerzennen. Ueberall karret die Welt in Waffen; die Arbeiterklasse muß die politische Macht erringen, um den Krieg zu beenden. (Beifall.)

Ein französischer anarchistischer Gewerkschaftler, Bolcerolle, erklärt sich gegen den Entschluß der stehenden Heere durch die Volksmiliz. Man kann an der Schweiz sehen, daß damit im Grunde nichts geändert werde. Redner empfiehlt die Anwendung revolutionärer Mittel. Die Socialisten im französischen Parlament könnten bei dieser Gelegenheit hier einmal zeigen, ob sie wirklich revolutionär waren. (Lachen bei einem Theil der Franzosen und bei den Deutschen.)

Der Engländer Pancurt beantragt gleichfalls, die Forderung „Einführung der Volksbewaffnung“ zu streichen. Der Socialismus bedeute den Frieden, also dürfe auch das Volk nicht bewaffnet sein und alle Streitigkeiten müßten durch internationale Schiedsgerichte geschlichtet werden.

Der Engländer Candsburg tritt dem Vorredner entgegen. Das Volk müsse bewaffnet, nicht entwaffnet werden. Eine Miliz sei nie eine Gefahr für den Frieden. (Beifall.)

Das Amendement Bolcerolle-Pancurt wird abgelehnt. Die weitere Debatte führt zur Annahme eines Amendements von Belford-Basel, wonach die Forderung 1 und 2 der Resolution nunmehr lautet:

1. Abschaffung der stehenden Heere in allen Ländern und Einführung der Volksbewaffnung, 2. Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts.

Der übrige Text der Resolution wird nicht verändert und mit großer Majorität angenommen.

Dann verläßt sich der Congreß auf Sonnabend.

London, den 3. August 1896.

Den Vorsitz führt Sigg (Schweiz). Beigeordnet sind ihm Plechanoff (Rußland), Dr. Adler (Oesterreich) und Van Ros (Holland).

Der Congreß nimmt durch Juroz eine Resolution der bulgarischen Delegirten an, wonach der Congreß dem morgen in Sofia zusammentretenden dritten Nationalcongrès der bulgarischen Socialdemokraten seine herzlichsten Grüße und Glückwünsche sendet.

Ferner liegt eine Resolution der italienischen Delegirten vor. Sie nimmt auf die traurigen Vorfälle in Zürich Bezug, wo es zu einem Zusammenstoße und Kampfe zwischen schweizerischen und italienischen Arbeitern gekommen und ein Schweizer dabei getödtet worden ist. Die italienische Delegation erklärt, daß so traurige Thaten nur die Folge der großen wirtschaftlichen und moralischen Schweberei ist, der die italienischen Arbeiter unterliegen. (Beifallige Zustimmung), und die sie zwingt, Italien zu verlassen und ihren Brüdern im Auslande Schmutzconcurrenz zu bereiten. (Beifall.) Zu bekämpfen ist diese Erscheinung nur dadurch, daß unter den Auswanderern überall eine lebhaftige Agitation für den Socialismus entfaltet wird und die auswärtigen Arbeiter den Organisationen zugeführt werden.

Auch diese Resolution wird einmüthig angenommen. (Beifall.)

Zu dem interparlamentarischen Comité soll jede Nation einen Delegirten entsenden. Die Adressen sollen sobald als möglich an Bailant (Paris) gesandt werden.

Der Congreß beschließt, auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Congresses die „Tage der Seeleute“ zu setzen und tritt in die Tagesordnung ein. Zur Verhandlung gelangt Punkt 5: „Die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse“. Berichterstatter ist Kollensburg. Er beantragt:

I.

Der Congreß erklärt, daß die Arbeiter aller Nationen die Bergesellschaftung der Production, Transport- und Vertheilungsmittel und die Organisation der Production unter demokratischer Kontrolle der ganzen Gesellschaft anzustreben habe, um so die Arbeiterklasse und das unterdrückte Volk überhaupt von der Herrschaft des Capitals zu befreien.

Der Congreß ist ferner der Ansicht, daß die nationale und internationale Agitation in diesem Sinne jeden Tag nöthiger wird in Anbetracht des Wachstums der nationalen und internationalen Cartelle und Ringe, hinter welchen große capitalistische Organisationen stehen und die die freie Concurrenz unterdrücken. Petroleum, Garn, gewisse Mineralien, große Eisenwerke werden bereits von Capitalistengruppen monopolisirt, die sich anmaßen, die Preise und die Löhne nach Belieben festzusetzen. Solche capitalistische Riesenorganisationen können von den einzelnen Gewerkschaften oder durch vereinzelt politisches Vorgehen nicht mit Erfolg bekämpft werden. Umfassendere Organisationen der Arbeiter sind unerlässlich, um diesen großen Vereinigungen entgegenzutreten zu können. Der Congreß empfiehlt deshalb, daß die Länder, in welchen die Arbeiterparteien das Vorgehen der Trusts und Cartelle bereits planmäßig verfolgen, eine internationale Agentur schaffen, welche die Organisationen dieser capitalistischen Verbindungen controliert und auf die Bergesellschaftung dieser Unternehmungen vermittelst nationaler und internationaler Organisation hinarbeiten soll.

Anstatt dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen, wird die zunehmende Reichthumsproduction zur Ursache der nationalen und internationalen Kriegen. Die Arbeiter werden auf die Straße geworfen durch die Gewalt der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sie bis jetzt nicht im Stande waren, zu regeln. Die Nothwendigkeit, diesem schrecklichen System durch Bergesellschaftung der Production ein Ende zu legen, wird in allen civilisirten Ländern anerkannt. Die großen Rohstoffminen, die großen Eisenwerke und chemischen Fabriken, die Eisenbahnen haben auch bereits einen Entwicklungsgrad erreicht, bei dem ihrer Bergesellschaftung keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

Der Congreß fordert deshalb die Arbeiter der Welt auf, unverzüglich bestimmte Maßregeln zur Bergesellschaftung, Nationalisierung und Communalisirung der Production in ihren respektiven Ländern anzubahnen und einander über die gethanen Schritte zu informieren, um ein möglichst gleichmäßiges, internationales Vorgehen herbeizuführen.

II.

Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter ist unerlässlich, um der wirtschaftlichen Uebermacht des Capitals zu trotzen und so die Lage der Arbeiter in der Gegenwart zu verbessern. Ohne Gewerkschaften keine auskömmlichen Löhne und keine verkürzte Arbeitszeit. Durch diesen Kampf wird aber die Ausbeutung nur gelindert, nicht beseitigt. Die Ausbeutung der Arbeiter kann nur ein Ende nehmen, wenn die Gesellschaft selbst Besitz ergriffen hat von den Produktionsmitteln, einschließlich des Grund und Bodens und der Verkehrsmittel. Das hat zur unerlässlichen Voraussetzung ein System gesetzgeberischer Maßnahmen. Um diese vollständig durchzuführen, muß die Arbeiterklasse die ausschlaggebende politische Macht sein. Sie wird aber zur politischen Macht nur in dem Maße, wie sie organisiert ist. Die Gewerkschaften machen die Arbeiterklasse schon deshalb zur politischen Macht, weil sie die Arbeiter organisieren.

Die Organisation der Arbeiterklasse ist unvollständig und unzureichend, wenn sie nur politisch ist.

Aber der gewerkschaftliche Kampf erfordert auch die politische Betheiligung der Arbeiterklasse. Was die Arbeiter im freien Kampf gegen ihre Ausbeuter erringen, müssen sie oft als politische Macht gesetzgeberisch festlegen, um es zu sichern. In anderen Fällen macht die gesetzgeberische Errungenschaft den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig. Ein internationales Zusammenwirken der Arbeiterklasse in Bezug auf den gewerkschaftlichen Kampf, wie besonders auch in Bezug auf die Arbeiterbeschützgebung wird desto mehr zur Nothwendigkeit, je mehr der wirtschaftliche Zusammenhang des capitalistischen Welt-

marktes und damit zugleich die Konflikte der nationalen Industrien sich entwickeln.

Für die nächste Zeit ist ein internationales Vorgehen des Proletariats nach folgenden Richtungen notwendig:

- 1. Abschaffung der Zölle, Verbrauchssteuern und Ausfuhrprämien;
- 2. Durchführung einer internationalen Arbeiterschutzeschgebung. In dem der Kongress in letzter Beziehung die Beschlüsse des Pariser Kongresses*) wiederholt, empfiehlt er, die nächste Agitation hauptsächlich zu concentriren auf:
 - a) den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstag zu erzwingen;
 - b) das Schweißsystem zu beseitigen, und für die Arbeiter der Hausindustrie einen wirksamen Arbeiterschutz zu schaffen;
 - c) ein vollständig freies Vereins- und Versammlungsrecht für beide Geschlechter herbeizuführen.

Um dieses durchzuführen ist ein Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung notwendig. Deshalb erklärt der Kongress anstehend an die gleichen Beschlüsse des Pariser und Züricher Kongresses, die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften für ein dringendes Erfordernis im Emancipationskampfe der Arbeiterklasse und betrachtet es als Pflicht aller Arbeiter, welche die Befreiung der Arbeit von dem Joch des Kapitalismus anstreben, der für ihren Beruf bestehenden Gewerkschaft anzugehören.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sollen, um eine wirkliche Aktion zu ermöglichen, sich in Verbänden, die sich auf das ganze Land erstrecken, zusammenschließen und ist jede Zersplitterung der Kräfte in Sonderorganisationen zu vermeiden. Die politische Anschauung darf keinen trennenden Grund im wirtschaftlichen Kampfe bilden, es ist aber aus dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes sich ergebende Pflicht der Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder zu Sozialdemokraten heranzubilden. Es muß als eine Pflicht der Gewerkschaften angesehen werden, die im Beruf betätigten Frauen als Mitglieder aufzunehmen und gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung für Männer und Frauen anzustreben.

Neben dem Kampfe für besseren Lohn und Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften die Ausführung der Arbeiterschutzesetze zu überwachen, die Beseitigung gesundheits-schädlicher Betriebsformen, des Schweiß- und Trübsystems zu erzwingen.

Der Kongress hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben.

Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt.

Um eine einheitliche internationale gewerkschaftliche Aktion zu ermöglichen, ist in jedem Lande ein gewerkschaftliches Centralcomité einzurichten. Diese Comités sollen nach Möglichkeit Statistiken über den Arbeitsmarkt führen und diese, sowie die regelmäßigen Berichte gegenseitig austauschen und alle im Lande vorzunehmenden wichtigen Vorgänge gegenseitig mitteilen.

Besonders wird den Gewerkschaften aller Länder die Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß vom Auslande kommende Arbeiter Mitglieder der Landesorganisation werden und daß diese Arbeiter nicht zu geringeren Löhnen arbeiten als die einheimischen.

*) Die Pariser Beschlüsse fordern eine internationale Arbeiterschutzeschgebung, in welcher folgende Forderungen zum Ausdruck kommen sollen:

- 1. Der achtstündige Normalarbeitstag;
- 2. Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Kinder unter 14 bis 15 Jahren auf 6 Stunden täglich;
- 3. Verbot der Nachtarbeit, mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;
- 4. Ausschluß der Frauenarbeit in allen den weiblichen Organismus besonders schädigenden Betrieben;
- 5. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 15 Jahren;
- 6. Eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Arbeitszeit von Woche;
- 7. Verbot solcher Arbeitsmethoden, welche die Gesundheit der Arbeiter besonders schädigend sind;
- 8. Aufhebung des Trübsystems;
- 9. Eine alle Betriebe einschließliche der Hausindustrie, ununterbrochene Inspektion durch staatliche Sachverständige, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

Bei Streiks, Lock-outs und Boykotts sind die Gewerkschaften aller Länder verpflichtet, sich gegenseitig nach Kräften zu unterstützen.

Nachdem der Berichterstatter in beifälliger angenommenener Rede diese Vorschläge vorbrachte, tritt für die aus 3 Stimmen bestehende Minorität der Kommission der Franzose Gérard, Generalsecretär der Eisenbahner, für folgende Resolution ein:

In Erwägung, daß auf mehreren französischen Congressen (Marseille 1892, Paris 1893, Nantes 1894 und Limoges 1895) die Mitglieder der Gewerkschaften sich für den Generalstreik in allen Berufen als ein Mittel zur Emancipation erklärt haben, daß in Belgien der Generalstreik, obwohl er unvollständig organisiert war, von großer Wirkung bei der Erringung des allgemeinen Wahlrechts von der Bourgeoisie gewesen ist, daß Schweden und Dänemark im Kampfe für das allgemeine Wahlrecht dieses Mittel angewandt haben,

daß, wenn der internationale Generalstreik von vornherein unmöglich erscheint, es doch in Bezug auf einen nationalen Generalstreik anders liegen kann,

daß es aber Thatsache ist, daß die Frage eines nationalen Generalstreiks in den verschiedenen Ländern noch nicht genügend untersucht ist,

beschließt der Kongress, die Arbeiter aller Länder, insbesondere die Mitglieder der Gewerkschaften einzuladen, diese wichtige Frage zu studieren, so daß ein folgender Kongress darüber beschließen kann.

Der Correspondent bemerkt, daß die Commission sich mit der Frage des Generalstreiks überhaupt nicht habe beschäftigen wollen. In Sachen des 1. Mai liegt folgende Resolution vor:

Bezüglich der Feier des 1. Mai schließt sich der Kongress den Beschlüssen der früheren Congressen an. Er sieht die internationale Bedeutung der Manifestation in erster Linie in einer Demonstration für den Achtstundentag und erklärt, daß die Durchführung der allgemeinen Arbeitsruhe mit aller Energie anzustreben sei.

Der italienische Delegierte Pazzari beantragt über die Frage des Generalstreiks ohne Debatte zur Tagesordnung überzugehen.

Der englische Delegierte C. Welch beantragt die Resolution der Majorität ohne Debatte anzunehmen, da internationale Congressen nicht der Ort für Specialabschlüsse seien.

Beide Geschäftsordnungsanträge werden angenommen.

Amie Hill beantragt zu der großen Resolution ein Amendement, wonach der Kongress das Verbot der Arbeit von Schwämmern und Wäscharinnen 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Rückkunft und ihren Unterhalt während dieser Zeit auf Staatskosten fordert. Dieses Amendement wird angenommen, ebenso wird beschlossen, die Erhöhung der Altersgrenze für industrielle Beschäftigung von Kindern auf 16 Jahre überall zu fordern.

Beischiessen wird weiter ein Amendement hinsichtlich, wonach die Staats- und Gemeindebehörden verpflichtet sein sollen, die Arbeitslosen gegen ankündigende Lohn zu beschützigen.

Auf Antrag der organisierten jüdischen Arbeiter Londons wird ein weiteres Amendement angenommen, wonach der Kongress sich gegen jedes Einwanderungsverbot gegen fremde Arbeiter ausspricht und die Aufhebung der bestehenden Gesetze dieser Art verlangt.

Zu der Wahl-Resolution wird ein Amendement angenommen, wonach sich die Demonstration auch gegen den Militarismus richten soll.

Die Delegierten werden weiter durch ein angenommenes Amendement eingeladen, den Jagd aufkwärtiger Streiffrecher zu verhindern.

Geschieden wird weiter die vollständige Beseitigung der Hausindustrie.

Auf Antrag französischer Delegierter wird beschlossen, ebenso wie die Arbeiterinnen auch die Schöpfung in die verschiedenen Organisationsarten aufzunehmen, in besonderen Sectionen zu organisieren und die ihre technische und gewerkschaftliche Ausbildung angeht, sein zu lassen.

Wie alle diese Amendements wird die Resolution der Majorität und die Resolution über die Manifestation gegen die Stimmen einer Anzahl kleinerer französischer Gewerkschaften angenommen. (Lebhafte Beifall.) Über die Frage des Generalstreiks, für dessen Erörterung außer den Anwesenden einige Holländer und Schweden hinzukamen, wird zur Tagesordnung übergegangen. (Lebh. Beifall.) Demnach wird Punkt 6 der Tagesordnung: Vermischtes erledigt. Folgende Anträge der Commission werden debattelos angenommen:

Der Kongress beschließt das unbedingte Recht der Freiheit des Gewerkschafts, der Rede, der Presse, sowie das Recht der Versammlung und öffentlichen Manifestation in allen Ländern für alle Arbeiter und alle Sectionen der Bevölkerung, zum Zweck der Erreichung der politischen, ökonomischen und sozialen Ziele.

Der Kongress beschließt die Arbeiter aller Länder, die entsprechenden Vereinigungen zu machen, um die Annahme der politischen Erzeugnisse zu fördern und heißt ihnen das aus.

gegen das System der Polizeibevormundung, welches oft in Scene gesetzt wird in der Absicht, die Bewegung des Proletariats zu unterdrücken, und ruft die Arbeiter auf, ihr Möglichstes zu thun, solche Handlung zu verhindern.

Die Beziehungen zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer dürfen nicht den Gegenstand der Speculation oder des Handels bilden, sondern, als Einrichtung des Gemeininteresses, sollen sie von den Arbeitern selbst und zu ihrem Nutzen organisiert werden.

In weiterer Erwägung, daß die Engagements-Bureaus, von Privatpersonen betrieben, die Ursachen sind von großen Mißbräuchen und durchgehender Corruption, fordert der Kongress, daß diese Bureaus frei zu sein aufhören und durch öffentliche Bureaus der Communalgewalten ersetzt werden, oder in allen Fällen der Controle der Gewerkschaften unterworfen sein sollen.

Damit ist die Tagesordnung des Congresses erledigt. Es folgt die Berathung der Zulassungsbedingungen und die Festsetzung von Ort und Zeit des nächsten Congresses.

Berichterstatter des Bureaus ist Liebknecht: Der Vorschlag, den nächsten Congress im Jahre 1898 stattfinden zu lassen, wurde mit Rücksicht darauf abgelehnt, daß in diesem Jahre in Deutschland, Frankreich und Italien allgemeine Wahlen stattfinden. Es wurde deshalb das Jahr 1899 bestimmt und Deutschland in Aussicht genommen. Die deutschen Arbeiter rechnen es sich zur Ehre, den nächsten Congress aufzunehmen. Aber unsere politischen Verhältnisse sind derartig, daß wir noch nicht sagen können, in welcher Stadt Deutschlands der Congress abgehalten werden wird. Auch die Sicherheit unserer Gäste muß uns am Herzen liegen. Unsere Gäste aus Polen und Rußland haben zu befürchten, daß sie an Rußland ausgeliefert werden. Es giebt ja aber noch andere Orte in Deutschland als Berlin. Sollten die Verhältnisse die Abhaltung des Congresses in Deutschland unmöglich machen, so soll er im Jahre 1900 in Paris während der Weltausstellung stattfinden. Die Einladung der amerikanischen Arbeiter, den nächsten Congress in New-York zu veranstalten, mußte unter Dank abgelehnt werden, da die Reise zu kostspielig ist und zu viel Zeit erfordert. Der die Zulassungsbedingungen! So großartig der Gedanke der internationalen Congresses ist, haben wir doch nicht bisher erreichen können, daß die internationale revolutionäre Socialdemokratie ungehindert tagt. Wir sind Demokraten und können deshalb nicht die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen. Bisher waren wir gezwungen, auf jedem Congress die Frage der Zulassung der Anarchisten zu besprechen. Die Debatten sind stets fruchtlos geblieben und haben nur zu Scandal geführt, so daß die Gegner sagen konnten: Seht die Manner, die eine neue Welt schaffen wollen, sind nicht im Stande, Ordnung auf ihrem Congress herzustellen. Wenn nicht die Institution der internationalen Congresses den ersten Kern für die Emancipation bereitet und bereitet werden soll, dann muß eine andere Form der Einladung gefunden werden. Es giebt keine allgemeine Formel, wodurch die Anarchisten ausgeschlossen werden können. Wir haben es mit der Züricher Resolution versucht, und sie ist uns zerrissen worden. Wir müssen deutlich sagen, einmal, wen wir einladen und zweitens dafür sorgen, daß der Einladung gemäß auch gehandelt wird und daß den Einladenden auch die Kraft verliehen wird, alle Elemente, die nicht in die Arbeiterbewegung hineingehören, von der Schwelle abzuweisen. (Lebhafte Beifall.) Das Bureau, in dem alle hier vorhandenen Richtungen und Strömungen vertreten waren, ist schließlich zur vollen Einmütigkeit gelangt. Auch das Verlangen, die Gewerkschaften auszuscheiden, ist als Rückschritt zurückgewiesen. (Lebh. Beifall.) Es ist gesagt, daß Anarchisten nicht auf den Congress gehören. (Lebhafte Beifall.) Einige Anarchisten lärmten, als Frau Zeitin die Rede ins Französische übersezt; von der Gallerie wird herangerufen: Es lebe die Anarchie! Frau Zeitin bittet schließlich, ihr wenigstens das Recht der Frau einzuräumen, wenn man das Recht der Gensoffin nicht anerkenne.)

Der Vorschlag des Bureaus, den Liebknecht vertreten, hat folgenden Wortlaut:

Das Bureau des Congresses wird beauftragt, die Einladungen zum nächsten Congress zu erlassen und ausschließlich einzuladen:

1. die Vertreter aller Gruppen, die die Umwandlung der capitalistischen Eigentums- und Produktionsordnung in die socialistische Eigentums- und Produktionsordnung anstreben und die Theilnahme an der Gesetzgebung und die parlamentarische Thätigkeit als ein notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ansehen;

2. alle gewerkschaftlichen Organisationen, die, wenn sie sich auch als solche nicht an politischen Kampfe beteiligen, doch die Nothwendigkeit politischer und parlamentarischer Thätigkeit anerkennen. Anarchisten sind mithin ausgeschlossen.

Die Prüfung der Mandate soll durch die nationalen Gruppen selbst geschehen mit Vorbehalt des Recurses an eine besondere Mandatsprüfungscommission, die aus Vertretern aller nationalen Gruppen besteht.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Victoria-Theater.

Direction Müller. Seltendiges neues Programm. Rechte Nummer 1. Preis 75 Pf., Centre 50 Pf. im Concertsaal nummer 1. Preis 75 Pf., Centre 50 Pf. Substanz von Singschulern zahlen 10 Pf. Rufung 8 Uhr.

Specialgeschäft

für Pinsel, Farben, Leim, Schellack und Gelatine. 1122 Fedor Riedel Nachf., Kupferschmiedestr. 12.

Volks-Lexikon

Wörterbuch für Familien. Mit über 100000 Stichwörtern. Arbeiter-Vereine, Gewerkschaften, Social-Reform, Kampf gegen den Emissarismus. Preis pro Band 20 Pf. In jeder Buchhandlung zu haben.

Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche

Inlette, Tücher und Leinen, Gardinen, Teppiche und Tischdecken. empfiehlt in größter Auswahl zu sehr billigen aber streng festen Preisen. H. Silberstein, Breslau. Friedrich-Wilhelmstraße 71.

Fabrik von Arbeiter-Garderobe

Specialität: Arbeiter-Hosen, Hemden u. Jacken in allerbilligsten bei E. Leddecke, Sackstr. 30. 1123

Arbeiter!

besten Segels und Arbeits-Hosen nur in schicklichen Stoffen wie unten anzufragen bei G. Kauerhase Neumarkt 15. Anerkennung: Genuß befruchtigt, das ist mit Wohlthätigkeit. G. Kauerhase 1125 grüßten die, da ich selbst jahrelang Handarbeit und empfindliche Hemden selber die, die ich anzufragen bei G. Kauerhase Neumarkt 15. Preis 75 Pfennige. Zu beziehen durch die Expedition der Volksrecht.

Städteordnung

für die politischen Gemeinden der preussischen Provinz vom 30. Juni 1851. In dem Buch ist enthalten die neuesten Gesetze, die die Städteordnung betreffen. Preis 75 Pfennige. Zu beziehen durch die Expedition der Volksrecht.

Großer Saison-Ausverkauf

in allen Abtheilungen meines reichhaltigen Lagers in Herren- und Knaben-Garderobe. Es sind noch vorhanden: Sommer-Anzüge, Beige-Anzüge, Jagd-Anzüge, Touristen-Joppen, Staub- und Pelierian-Mäntel, Sommer-Paletots u. für Herren und Knaben. Außer dem bereits erheblich herabgesetzten billigen Preisen, welche auf jedem Stück deutlich in Zahlen vermerkt sind, gewähre ich, so lange der Ausverkauf währt, noch extra jedem Käufer 10% Rabatt, welche an der Kasse bar herausgezahlt werden. Versand nach auswärts nur gegen Nachnahme. S. Hartig, Breslau, Oblauerstraße 84, 1. Et. Eingang Gde. Schaubrücke.

Wie klagt ich Ein Rathgeber vor dem Arbeiter dem Gewerbe-Gericht? Serrathig in der Erhebung dieses Blattes. Preis 20 Pf.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Die Mandate jener Nationalitäten, die weniger als fünf Delegierte senden, werden von der Mandatsprüfungskommission geprüft, ebenso wie die angebotenen Mandate.

Der nächste Kongress. Der Kongress beschließt, daß der nächste Kongress im Jahre 1899 in Deutschland stattfindet. Im Falle die Abhaltung des Kongresses in Deutschland unmöglich sein sollte, wird beschloffen ihn im Jahre 1900 zu Paris abzuhalten.

Außerdem liegen 10 andere Vorschläge vor. Der wichtigste davon ist der des S. D. F., der auch von den Gewerkschaften, die zum Kongress zugelassen werden wollen, die Zustimmung zum sozialdemokratischen Programm und zur politischen Aktion verlangt. Hiergegen protestirt Namens der Trades-Unions Stevenson der Toleranz verlangt und sich mit dem Vorschlage des Bureaus einverstanden erklärt.

Es ist inzwischen eins geworden und der Kongress beschließt die Debatte zu schließen. Die Anarchisten lärmten wieder. Es wird nach Nationalitäten abgestimmt. Für das Amendement der S. D. F. stimmen von der englischen Delegation 109; dagegen 119; auch die übrigen Nationalitäten stimmen mit Ausnahme Australiens, das Ubeling vertritt, und der allemanischen Gewerkschaftler, dagegen.

Die Vorschläge des Bureaus werden hierauf einstimmig angenommen. Dagegen nur die Allemanisten. Der Kongress gedenkt noch der Männer, die vor 25 Jahren den ersten internationalen Kongress in London abgehalten. Seine Sympathie mit allen für ihre Freiheit kämpfenden Vätern aus und wird ihm nach dem er im Namen des internationalen Kongresses den Engländern gedankt, mit einem begeistert angenommenen dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und dem hieran sich schließenden Gesang der Marseillaise und der Carmagnole geschlossen.

Der kommunistische Arbeiterbildungsverein

veranstaltete am Freitag Abend eine Versammlung, zu der die deutschen Delegierten eingeladen waren. Viele waren freudig der Einladung gefolgt, mit den deutschen Genossen in London auf dem klassischen Boden des Kommunismus gemeinsam eine Stunde zu verbringen. Genosse Lehner, der treue Gefährte von Marx und Engels begrüßte die Gäste und erneuerte für die deutschen Sozialdemokraten Londons das Gelübniß der Treue zur deutschen Bewegung. Genosse Singer dankte für den freundlichen Empfang. Die deutsche Partei könne wohl mit einer gewissen Genugthuung auf ihre bisherige Thätigkeit zurückblicken, aber auch andere Parteien haben riesige Fortschritte gemacht, vor Allem die Franzosen und Belgier. Wir werden auch künftig nicht die Hände in den Schoß legen. Genosse Heinrich Schmidt, Bern überbrachte die Grüße der deutschen Arbeiter in der Schweiz. Die deutschen Arbeitervereine im Auslande — in der Schweiz, in Paris und nicht zuletzt auch in London — seien die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Wohl haben sie nicht mehr die bedeutungsvolle Aufgabe wie zu jener Zeit, als in Deutschland selbst jede Organisation, jede freie Bewegung unterdrückt war, aber wohl hatten ihrer noch viele Aufgaben in der Heranbildung der zahlreichen aus Deutschland zuwandernden Jungmannschaft. Die Genossen Geulich, Zürich und Kaufher-Stuttgart wußten die Anwesenden zu fesseln durch ihre launigen Erzählungen aus dem reichen Schatze ihrer Erfahrungen. Erst gegen 1 Uhr trennten sich die Anwesenden, zu denen auch unser alter Postmeister Julius Motteler gehörte. Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch hervorheben, daß der klassische Kommunismus-Club in einem sehr wenig klassischen Local hausen muß. Es wäre gewiß zu wünschen, daß sich die Möglichkeit bald bietet, dem Verein ein behagliches und seiner Größe und Bedeutung mehr entsprechendes Heim zu verschaffen.

Locale Rundschau.

Breslau, den 5. August 1896.

„Die Gleichheit auf Erden und im Himmel“

wird gegenwärtig auch von schlesischen Centrumsblättern im Zusammenhang mit der alten oft gehörten Phrase: „Die beste Helferin gegen alle Umsturzbestrebungen ist die Kirche“ (natürlich die katholische) eifrig erörtert. Es heißt in den betreffenden Ausführungen u. A.:

„Es ist nicht wahr, was von radikaler Seite behauptet wird, daß die „égalité“, die Gleichheit, das Grundgesetz menschlichen Lebens sei. Gott hat den Menschen ungleich erschaffen; es besteht eine Ungleichheit des Talents der physischen Kraft, des Geschlechts und noch in mancher anderen Beziehung. Also „Gleichheit“ existirt nicht, nur Gleichheit vor Gott, der den König wie den Bettler richtet. Nichtsdestoweniger wird die bestehende Ungleichheit von den Verächtlungen tief empfunden und es soll das Bestreben der Christen sein, den Beladenen und Bedrückten ihr Loos zu erleichtern. Zugleich lehrt aber das Christenthum, daß ein wahrer Ausgleich auf dieser unvollkommenen Welt niemals stattfinden kann; er erfolgt erst im Jenseits. Das Christenthum wohnt die Bevorzugten eindringlich, daß sie sich darauf einrichten sollen und wie groß ihre Verantwortlichkeit ist, zeigt ihnen das Wort: „Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelohr gehe, als daß ein Reicher in's Reich Gottes komme.“

Das alte Lied: Nienieden Ungleichheit und Knechtschaft; im Jenseits Gleichheit und Freiheit. Es ist Thorheit, anzunehmen, die radikale Seite glaube, natürliche Grundgesetze ändern, die in solchen Gesetzen begründete physische und geistige Ungleichheit aufheben zu können. Aber durch gute sociale Einrichtungen, vernünftige Erziehung in jeder Hinsicht, können die Unterschiede erheblich beschränkt und gemildert werden. Dabei bleibt die Gleichheit auf ökonomischem, politischem und sociale Gebiet immer das Grundgesetz des menschlichen Lebens. Hat Einer deshalb, weil er körperlich und geistig geringer veranlagt ist, weniger Menschenrecht als ein Anderer? Gewiß nicht! Die Art von Ungleichheit, gegen welche der Socialismus sich richtet, entspringt gesellschaftlicher Einrichtungen, die Menschenwerth sind, nicht notwendig sein müssen, vielmehr dem Wandel und dem Zufall unterworfen sind. Das lehrt die Geschichte, die nichts Anderes ist, als ein permanenter Kampf, eine stete Entwicklung in der Richtung zur Freiheit und Gleichheit, die immer vollkommener zu praktischer Geltung kommen müssen. Die Weltgeschichte ist eine einzige Geschichte des Um-

sturzes. Niemals hat die Kirche, die ja selbst ein Kind des Umsturzes ist, sich als „Helferin gegen den Umsturz“ bewährt. Trotz ihrer Macht hat sich der Fortschritt vollzogen. Die Bauernkriege, alle die furchtbaren Kämpfe des Reformationszeitalters, die große französische Revolution, der Sturz des Feudalismus und des absoluten Gottesgnadenhums — alles das hat sich vollzogen unter der Herrschaft der Kirche. Unabhängig von ihrem Wirken vollzieht sich die Umgestaltung der Gesellschaft. Die sociale Frage ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Macht und nicht des „christlichen Erbarmens“.

* Den Tod des Kürassiers Walter meldete die „Schles. Ztg.“ in lakonischer Kürze als durch Ertrinken erfolgt. Heute bemerkt sie jedoch zu der Angelegenheit folgendes:

„Ueber die näheren Umstände, unter welchen sich der bedauerliche Vorfall abgespielt hat, sind Seitens der demokratischen Presse wieder einmal Gerüchte verbreitet worden, welche geeignet erscheinen, die Militärverwaltung in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Ob irgend welche Unregelmäßigkeiten im vorliegenden Falle vorgekommen sind, ist nicht zu unserer Kenntniß gelangt. Wohl aber hat, wie sich jetzt herausgestellt hat, der Sectionsbefund ergeben, daß der Tod des Kürassiers Walter überhaupt nicht durch Ertrinken herbeigeführt worden ist, da sich bei der Section der Leiche in der Lunge des Verstorbenen auch nicht ein Tropfen Wasser vorgefunden hat. Als Todesursache ist vielmehr ein Schlaganfall constatirt worden.“

Wie weit diese Mittheilung der „Schles. Ztg.“ auf Wahrheit beruht, wissen wir nicht. Die Behauptung, daß von der demokratischen Presse Gerüchte verbreitet sind, die geeignet erscheinen, die Militärverwaltung in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, ist aber unwar, der „Schles. Ztg.“ jedoch, die selbst erklärt, daß sie nicht wisse, ob Unregelmäßigkeiten vorgekommen, ganz würdig. Es hat den Blättern, die Mittheilungen über jenen Vorfall in der Schwimmanfall veröffentlicht, ganz fern gelegen, irgend welche militärische oder sonstige Behörde in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, diese Blätter haben vielmehr ihre Pflicht erfüllen zu müssen geglaubt, als sie die nach der Aussage von Augenzeugen thatsächlich vorgekommenen „Unregelmäßigkeiten“ (bezeichnet es sich doch um das Leben eines Menschen handelt) öffentlich zur Sprache brachten. Und in der Erfüllung dieser Pflicht wird sich die „demokratische Presse“ auch nicht durch das denunciatorische Gebahren der „Schles. Ztg.“ behindern lassen.

* Mit allen Mitteln der Reclame wird in vielen Zeitungen „Ddol“ als vortreffliches Desinfectionsmittel für den Mund, die Zähne, die Nase empfohlen. Das sächsische Landesmedicinal-Collegium hat nun vor Kurzem das Mundwasser „Ddol“ in der Centralhalle für öffentliche Gesundheitspflege untersuchen lassen und theilt nun, nach dem „Sächs. Corr.-Bl.“ das Ergebnis, wie folgt, mit: Die chemische Untersuchung ergab folgende Zusammensetzung des Mittels: 100 Theile Ddol enthalten: 16,68 Theile Wasser, 79,04 Theile absoluten Alkohol, 1,95 Theile Menthol, 2,33 nicht flüchtigen Rückstand, darin: 0,041 Theile Saccharin, 0,18 Theile Salicylsäure, 0,02 Theile Mineralstoffe und 2,051 Theile einer Substanz, welche zu etwa zwei Drittel Salol und zu einem Drittel aus salicylsaurem antiseptischen Wirkstoff des Ddols wurde eine Anzahl von Versuchen angeestellt, theils mit Kulturen verschiedener Bacterienarten, theils mit extrahirten cariösen Zähnen und den daran festerden Bacterien. In keinem Versuche, selbst wenn viel größere Mengen Ddol, als die Gebrauchsanweisung vorschreibt, dem Wasser zugefügt wurden (1 Ddol auf 100 Wasser und 2 Ddol auf 100 Wasser, während nach der Gebrauchsanweisung einige Tropfen je nach Geschmack mehr oder weniger in ein kleines Glas Wasser gegeben werden sollen) und selbst bei stundenlangem Verweilen der Zähne in solchen Flüssigkeiten konnte eine Abtödtung aller Bacterien erreicht werden. Das Ddol beugt daher die ihr in den Anweisungen zugescriebene keimtödtende Eigenschaft nicht; wenn auch dem Salol und der Salicylsäure eine solche zukommt, so ist doch die Verbünnung, die der an sich geringe Gehalt des Ddols an diesen Desinfectionsmitteln beim Gebrauche erfährt, eine so hochgradige, daß von einer Abtödtung der Bacterien der Mundhöhle nicht die Rede sein kann. Als ein Mittel, das zur Verhütung einer Krankheit (Zahnaries) empfohlen wird und dessen Zusammensetzung und Zubereitung in keiner Weise bekannt gegeben, gehört das Ddol unter die Geheimmittel.

* Zur Warnung für Militärpflichtige: Wie aus Briefen hervorgeht, die das „Volkblatt für Anhalt“ mittheilt, sind zwei Reservisten zu 6 und 9 Monaten Militärgefängniß verurtheilt worden, weil sie, auf der Fahrt zu einer Übung begriffen, im Eisenbahnzuge gesagt haben, der eine: ich bin Socialdemokrat, der andere: ich bin Anarchist. Durch diese Kundgebung ihrer Gesinnung sollen sie, wie in den Briefen angegeben ist, gegen § 93 des Militär-Strafgesetzbuches verurtheilt haben, wosach Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren auf „Ungehorsam“ gesetzt ist, der „erhebliche Nachtheile“ verursacht. Das Gespräch der beiden ist von einem Kameraden dem Lieutenant denuncirt worden. Sie wurden darauf verhaftet, und der angebliche „Anarchist“, der aber seinem Schreiben nach weiter nichts als ein harmloser Aufwiegler ist, wurde mit Ketten gefesselt und mußte 10 Wochen

lang in Untersuchung sitzen. Weiden verurtheilten Reservisten ist nur ein Monat der langen Untersuchungsfrist angerechnet worden. Da es sich um Briefe handelt, die der Sohn an Mutter und Geschwister geschrieben hat, so kann man wohl annehmen, daß der Inhalt der Wahrheit entspricht. Demnach stände die Sache so, daß ein Soldat dem andern nicht einmal sagen darf, was er für eine politische Gesinnung hat. Sagt er, er sei Socialdemokrat oder „Anarchist“, so wird er bestraft. Ob auch Reservisten bestraft werden, die sich als Freisinnige, Centrumsanhänger, Nationalliberale oder Conservative ausgeben, wissen wir nicht. Im Uebrigen rathen wir jedem Angehörigen des Soldatenstandes, während der Zeit, wo er unter dem Militärgezet steht, seine politische Gesinnung für sich zu behalten. Irgend ein Angeber findet sich immer, und der Nutzen, den er seiner Partei durch Propaganda bei diesem oder jenem Kameraden etwa erweisen könnte, wird unter allen Umständen überwogen durch die Strafen, die er persönlich zu erdulden hat, wenn die Sache herauskommt. Unsere Propaganda wird genügend von der natürlichen Entwicklung der Gesellschaftsverhältnisse und von den Parteigenossen besorgt, die nicht den bunten Rock zu tragen brauchen.

* Der Radfahrtransport wird wahrscheinlich demnächst eine ganz besondere Anregung zu weitestverbreitung erlangen, nämlich durch billige Fahrräder! In der Velociped-Industrie ist Europa und Amerika ein neuer, gewaltiger Concurrent in den Japanern entstanden. Bisher sind die japanischen Velocipeds noch nicht nach Europa eingeführt worden, in Newyork finden sie aber in Folge ihres erstaunlich billigen Preises einen lebhaften Absatz. Dabei sind sie stark, gefällig, und nach den neuesten Modellen gebaut. Das wird all denen besonders angenehm sein, die lediglich des immerhin hohen Preises der Fahrräder halber auf die Ausübung des Radfahrports verzichten mußten. Der deutschen Fahrradindustrie und ihren ohnehin schlecht gelohnten Arbeitern aber mag die Nachricht gewiß wenig erfreulich scheinen.

* Börsartige Fliegenstiche kommen in diesem Jahre häufiger vor und verdienen deshalb größere Beachtung. In den letzten Tagen wurde ein Mädchen im Alter von 9 Jahren am Arme von einer Fliege gestochen. Das Kind beachtete den Stich nicht weiter. Ueber Nacht schwell der Arm aber plötzlich in gefahrdrohender Weise an, sodass ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Der Arzt constatirte Blutvergiftung und bewirkte die Ueberführung der Patientin nach dem Kloster der barmherzigen Brüder. Es gelang dortselbst, die Blutvergiftung ohne Amputation des bedrohten Gliedes zu beseitigen. Möchte in jedem Falle von plötzlichen Schwellungen der Haut sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden. In den meisten Fällen liegt hier Blutvergiftung vor, welche nur im ersten Entzehen ohne schwere Folgen für die davon Betroffenen behoben werden kann.

* Schwere Unglücksfall. Am 4. d. M., Nachmittags, wollte der Arbeiter Ernst Reimann vom Kohlenplatz auf der Schiefwerderstraße, Ecke Kohlenstraße, einen mit Ziegeln voll beladenen Wagen besteigen, kam jedoch zu Fall und gerieth mit einem Beine unter die Räder, wobei ihm ein Fuß zermalmt wurde. Der Verunglückte wurde, nachdem ihm schnelle Hilfe geleistet worden war, in das Merseburger-Hospital geschafft.

* Verirrt. Am 3. d. M., Abends, wurde auf der Kohlenstraße ein etwa 5 Jahre altes Mädchen verirrt angetroffen und in der Behausung des Wärters Carl Schädel, Kohlenstraße 7a, untergebracht. Das Kind hat blondes Haar und ist bekleidet mit grauem Kleid, rothweißgestreifter Schürze, weißen Strümpfen und Lederschuhen.

* Vermißt. Der 52 Jahre alte Gastwirth Carl Prauß ist am 14. Juli von Kronstadt nach Breslau gefahren, um Einkäufe zu machen. Er hat hier zwei Tage auf der Friedrich-Wilhelmstraße gewohnt und ist dann plötzlich verschwunden. Alle Nachforschungen seiner Frau zur Ermittlung seines Aufenthalts sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Prauß hat schwarzes Haar und war bei seinem Weggange mit grauem Anzuge, braunem Hut und Schafstiefeln bekleidet. Er trägt einen L. W., 15. 11. 90 gezeichneten Trauring. — Der 14 Jahre alte Knabe Paul Schacher hat sich am 1. d. M. aus der elterlichen Wohnung Kirchstraße 36, entfernt, um sich nach einem Geschäfte auf der Schmiedebrücke zu begeben, woselbst er angestellt ist. Er ist bis jetzt weder dort eingetroffen, noch in die elterliche Wohnung zurückgekehrt. Der Vermißte ist bekleidet mit dunkelblauem Rammgarnanzug, dunkelblauem Hut und Lederschuhen.

* Körperverletzung. In der Nacht zum 4. d. M. wurde auf der Schiefwerderstraße ein Arbeiter wegen Ruhestörung verhaftet. Da sich derselbe energisch zur Wehr setzte, kam dem Beamten ein Arbeiter aus Rosenthal zu Hilfe. Bei dem Handgemenge faßte der Verhaftete mit den Fäusten den rechten Zeigefinger des Arbeiters und biß das zweite Glied durch. Dem Verletzten wurde durch ein Mitglied des Vereins der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege ein geeigneter Verband angelegt.

* Diebstähle. Einem in der Nacht zum 3. d. M. auf einer Promenadenbank eingeschloffenen Postgehilfen vom Graben wurde eine silberne Hemmtonuhr entwendet. — Aus der Wohnung eines Chorsängers auf der Friedrichstraße wurde eine goldene Halskette mit herzförmiger Kapsel gestohlen. — Einem Arbeiter auf der Schweigerstraße ist aus einem in seiner Schlafstube stehenden Koffer eine Haarröhre mit Goldbeslag gestohlen worden.

* Festgenommen wurde ein Schuhmacher, der ein Paar Samalchen entwendet hatte. — Ferner wurde ein

